
QUO VADIS, BAFÖG ?

16

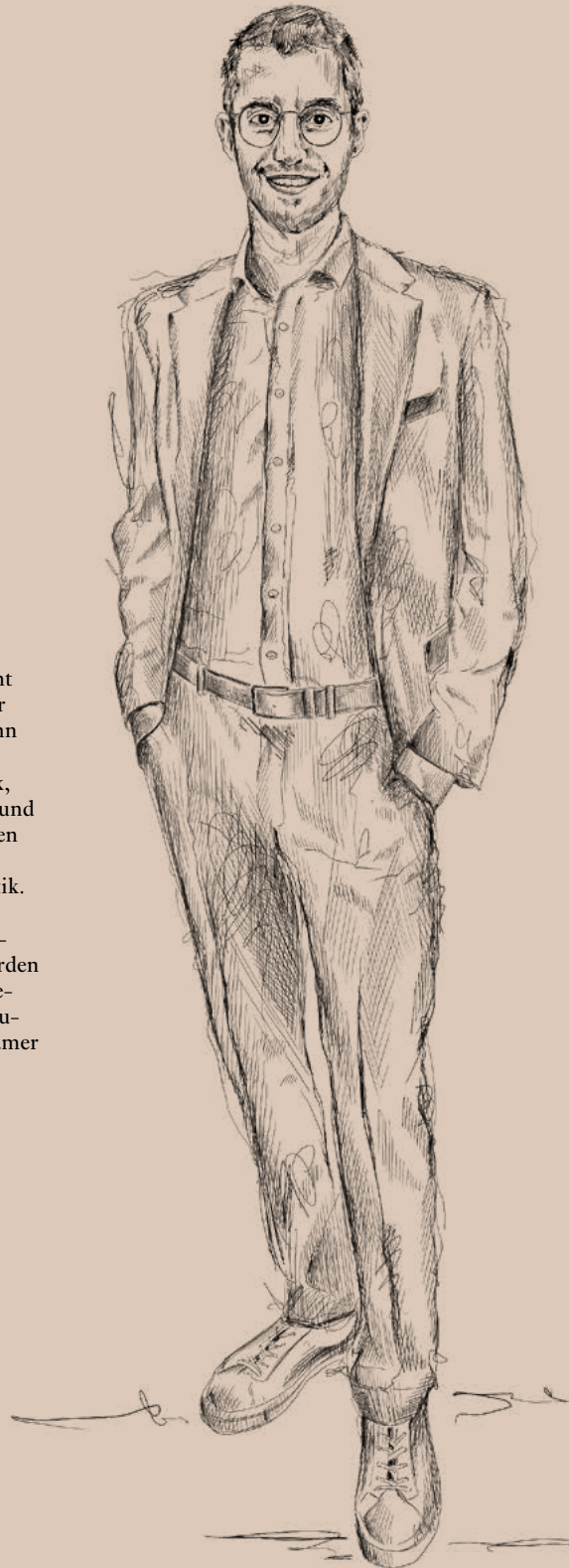
Die Zahl der Bafög-Empfänger ist so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr. Dabei haben viele junge Menschen Anspruch auf die Förderung. Was Studierende von einem Antrag abhält, untersucht Ökonom Sebastian Riedmiller. Eine Erkenntnis: Schon gezielte Information könnte für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen.

Bildung gilt in Deutschland als zentraler Hebel für soziale Mobilität und Chancengleichheit. Eine Ausbildung oder ein Studium soll unabhängig vom Elternhaus möglich sein – zumindest dem Anspruch nach. Genau dafür wurde das Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz Bafög, geschaffen. Kaum ein bildungspolitisches Gesetz wird in Deutschland so regelmäßig und kontrovers diskutiert wie dieses. Alle zwei Jahre legt die Bundesregierung einen Bafög-Bericht vor, der die neuesten Entwicklungen dokumentiert.

Der 24. Bericht aus dem Dezember 2025 sprach dabei eine deutliche Sprache: Immer weniger junge Menschen beziehen Bafög. Die Zahl der Geförderten ist auf dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2000. Obwohl Reformen in den vergangenen Jahren die Einkommens- und Vermögensfreigrenzen sowie andere Freibeträge mehrfach angehoben und damit den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert haben, spiegelt sich das nicht in höheren Förderungszahlen wider. Dies wirft die Frage auf: Warum bemühen sich viele Studierende gar nicht um Bafög, obwohl sie anspruchsberechtigt sind? →

ZUR SACHE

SEBASTIAN
RIEDMILLER



Sebastian Riedmiller forscht am Max-Planck-Institut für Verhaltensökonomik in Bonn zu Fragestellungen der angewandten Mikroökonomik, insbesondere zu Bildungs- und Arbeitsmarktentscheidungen sowie zur evidenzbasierten Gestaltung staatlicher Politik. Dabei untersucht er unter anderem, wie Informationsdefizite und finanzielle Hürden Bildungsentscheidungen beeinflussen und Förderinstrumente wie das Bafög wirksamer gestaltet werden können.

ILLUSTRATION: SOPHIE KETTERER FÜR MPG

17

70 PROZENT DER BERECHTIGTEN STUDIERENDEN STELLEN KEINEN BAFÖG-ANTRAG

In Deutschland gab es dazu bis vor Kurzem keine Daten. Bisherige Studien und Umfragen beleuchteten zwar zentrale Gründe für die ausbleibenden Anträge, unterschieden dabei jedoch nicht zwischen Bafög-berechtigten und nicht-berechtigten Studierenden. Gemeinsam mit Sascha Strobl vom Fraunhofer-Institut für Informationstechnik FIT ging ich der Frage in einer Studie unter rund 22 000 Studierenden aus ganz Deutschland nach.

Dabei haben wir den Teilnehmenden Fragen zu ihrer aktuellen finanziellen Situation und ihrem familiären Hintergrund gestellt. Mit diesen Informationen konnten wir identifizieren, welche Studierenden Bafög-berechtigt sind, es aber nicht beantragen. Zusätzlich haben wir erfasst, aus welchen Gründen die Studierenden kein Bafög beantragen, ob sie selbst glauben, berechtigt zu sein, und wie sie die Rahmenbedingungen der Förderung – die Einkommensgrenzen für Eltern, die Förderhöhe und die Rückzahlung – einschätzen.

Unsere Ergebnisse sind eindeutig: Bis zu 70 Prozent der Studierenden mit Bafög-Anspruch stellen keinen Antrag. Die größte Hürde besteht darin, dass die Studierenden gar nicht wissen, Bafög-berechtigt zu sein. Mehr als 80 Prozent der von uns als anspruchsberechtigt identifizierten Studierenden gehen aufgrund ihrer persönlichen und familiären Situation fälschlicherweise davon aus, dass sie keine Förderung erhalten würden, wenn sie einen Antrag stellten. Tatsächlich könnten sie im Durchschnitt allerdings rund 500 Euro pro Monat bekommen.

Ein Hauptgrund für die ausbleibende Antragstellung der Studierenden ist die Annahme, dass das Einkommen ihrer Eltern zu hoch für einen Bafög-Anspruch ist. Denn die meisten unterschätzen die Einkommensgrenzen der Eltern für einen Bafög-Bezug massiv.

Diese Fehleinschätzungen sind kein Randphänomen. In unserer Befragung zeigte sich, dass nahezu alle Studierenden mindestens eine falsche Annahme über das Bafög haben – oft sogar mehrere. Besonders häufig ist die Vorstellung, Bafög sei ausschließlich für sehr einkommensschwache Familien gedacht. Dieses Bild ist historisch gewachsen, entspricht aber längst nicht mehr der aktuellen Rechtslage. Tatsächlich sind auch viele Studierende aus der Mittelschicht förderberechtigt. Bei Studierenden mit einem Geschwisterkind liegt die Einkommensgrenze der Eltern für einen Bafög-Anspruch etwa bei rund 120 000 Euro brutto pro Jahr; eine Teilförderung von 500 Euro gibt es bei einem gemeinsamen Elterneinkommen von etwa 85 000 Euro.

Dass dieses Wissen kaum verbreitet ist, weist auf ein strukturelles Informationsproblem hin: Vielen Studierenden ist schlicht nicht klar, ab welchem Einkommen der Eltern ein Bafög-Bezug nicht möglich ist.

Auf der anderen Seite stellt etwa jede achte anspruchsberechtigte Person keinen Bafög-Antrag, obwohl ihr der eigene Anspruch bewusst ist. Der Hauptgrund hierfür ist, dass sie keine Schulden aufnehmen möchte. Allerdings wissen viele dieser Studierenden nicht, dass nur die Hälfte der Förderung, und maximal 10 010 Euro, zurückgezahlt werden muss. Sie überschätzen also die mögliche Schuldenlast, die auf sie zukommen würde.

Abschreckend wirkt auch das Antragsverfahren selbst. Obwohl die Digitalisierung des Bafög-Antrags weiter voranschreitet, und damit auch dessen Vereinfachung, wird dieser weiterhin von vielen Studierenden als zu aufwendig und komplex wahrgenommen.

Im Idealfall würden junge Menschen und ihre Eltern bereits im Schulabschlussjahr darüber informiert, dass bei ihrem Einkommen ein Bafög-Anspruch besteht – einfach über den Steuerbescheid oder die Lohnsteuerbescheinigung. Zugegebenermaßen ist dies nicht ohne Weiteres umzusetzen, da eine Bafög-Berechnung direkt vom zuständigen Finanzamt unter Berücksichtigung der Familiensituation erfolgen müsste.

19

Eine Alternative, um den Antrag zu vereinfachen, wäre, die Steuer- und Einkommensinformationen bei den Finanzämtern mit Zustimmung der Antragstellenden den Bafög-Ämtern zugänglich zu machen, sodass Studierende nur noch wenige eigene Nachweise erbringen müssten. Allerdings würde diese Alternative nicht das Problem lösen, dass Anträge aufgrund fehlender Kenntnis über die eigene Berechtigung ausbleiben.

ES GIBT MÖGLICHKEITEN, DEN ANTRAG ZU VEREINFACHEN

Wie stark dieses Problem wirkt, zeigt ein weiteres Ergebnis unserer Studie. Wir haben die Studierenden ohne Bafög-Förderung gefragt, wie hoch das Bafög mindestens sein müsste, damit sie einen Antrag stellen würden. Bei zwei Dritteln der gut 6200 Befragten lag dieser Betrag unter ihrem tatsächlichen Anspruch. Vermutlich würde ein Teil dieser Studierenden also den Aufwand auf sich nehmen und einen Antrag stellen, wenn sie besser über ihren Anspruch Bescheid wüssten.

Genau dies stellten wir in der Studie als Intervention bereit: Am Ende der Befragung erhielt die Hälfte der Studierenden ohne Förderung Informationen zu den allgemeinen Bafög-Bedingungen – also zu Höchstgrenzen

→

für Elterneinkommen, Förderhöhe und Rückzahlung – sowie eine individuelle Schätzung ihres zu erwartenden Bafög-Anspruchs. Im Vergleich zur anderen Hälfte, die keine Zusatzinformationen bekam, führte diese Intervention dazu, dass signifikant mehr Studierende ein Jahr später Bafög bezogen. Der Anstieg der Inanspruchnahme lässt sich direkt auf die Verringerung von Fehleinschätzungen zum Bafög insgesamt und zum eigenen Anspruch zurückführen. Aus sozialpolitischer Sicht besonders erfreulich: Vor allem sozial benachteiligte Studierende reagierten auf die Intervention und stellten einen Antrag.

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen, dass die politische Diskussion nicht allein um höhere Freibeträge, Zuschläge und Förderbeträge geführt werden darf – sondern auch um eine andere Frage: Wie können wir die Informationslücken schließen, die viele Anspruchsberechtigte von einem Bafög-Antrag fernhalten?

Ein Schritt in die richtige Richtung ist dabei bereits getan. Im Bundesetat 2026 sind 500 000 Euro für einen Bafög-Chatbot vorgesehen. Genau dieser KI-basierte Chatbot wird derzeit am Fraunhofer FIT entwickelt und in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Verhaltensökonomik in Bonn wissenschaftlich evaluiert. Das Ziel eines solchen Chatbots ist klar: Junge Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, sich barrierefrei und niederschwellig über das Bafög zu informieren, ohne selbst Informationsschnipsel aus verschiedenen Quellen zusammensuchen zu müssen. Zusätzlich bietet der Chatbot die Möglichkeit, direkt den eigenen Bafög-Anspruch zu berechnen. Eine Prüfung der Anträge auf Vollständigkeit

könnte ein nächster Schritt sein: Entsprechend würde der Chatbot nicht nur zum Abbau von Fehleinschätzungen der Bafög-Rahmenbedingungen und des eigenen Anspruchs beitragen, sondern auch die Antragstellung und -bearbeitung effizienter gestalten.

AUF DEM BAFÖG-CHATBOT RUHEN GROSSE HOFFNUNGEN

Denn viele Studierende warten nach der Antragstellung lange auf ihren Bafög-Bescheid. Laut den Teilnehmenden in unserer Studie wurde nur jeder zweite Bafög-Antrag innerhalb von drei Monaten bearbeitet. Wenn anschließend noch Dokumente nachgereicht werden müssen, verzögert sich die finale Entscheidung weiter – eine Zeit, die junge Menschen anderweitig überbrücken müssen. Der Bafög-Chatbot kann hier Abhilfe schaffen: Er kann zu Entlastungen im System beitragen, indem mehr vollständige Anträge eingereicht werden, was den Arbeitsaufwand für die überlasteten Bafög-Ämter verringert.

EIN DRITTEL DER STUDIERENDEN IST ARMUTS- GEFÄHRDET

Trotz aller Diskussionen um seine Probleme dürfen wir die gute Nachricht nicht vergessen: Das Bafög funktioniert. Unsere Studie zeigt, dass sich das Einkommen der Studierenden nach positivem Bafög-Bescheid verändert. Insgesamt haben sie mehr Geld pro Monat zur Verfügung als zuvor, obwohl die finanzielle Unterstützung durch ihre Eltern abnimmt. Gerade das beleuchtet eine wenig diskutierte, aber dennoch ungemein wichtige Dimension des Bafögs. Letzten Endes sind es nicht nur die Studierenden selbst, die ihren Lebensunterhalt finanzieren, sondern auch ihre Eltern. Wenn der Bezug von Bafög, wie in unserer Studie gezeigt, auch die Eltern entlastet, profitiert der Staat doppelt. Mehr Menschen können sich ein Studium leisten, ohne die Kaufkraft ihrer Eltern maßgeblich zu beeinträchtigen. Das Bafög erfüllt also seinen Zweck und sorgt für mehr sozialen Ausgleich.

Darauf darf sich die Politik jedoch nicht ausruhen. Daten aus den letzten Jahren zeigen, dass etwa ein Drittel der Studierenden armutsgefährdet ist. Zusätzlich ist die Mietsituation vor allem in Großstädten weiterhin angespannt. Um ein Studium weiterhin unabhängig vom Elternhaus zu ermöglichen, muss auch das Bafög weiterentwickelt und an die aktuelle Studiensituation angepasst werden, etwa durch Kopplung des Grundbedarfs an das Existenzminimum und der Mietpauschale an lokale Mietspiegel. Für den diesjährigen Bundeshaushalt wurde der Topf für das Studierenden-Bafög allerdings um fast 20 Prozent gekürzt. Dabei ist es wichtig, dass die Politik das Bafög nicht nur als Ausgabe im Bundesetat sieht, sondern auch als Investition in die Zukunft anerkennt. Höhere Studienabschlüsse führen in der Regel auch zu höheren Einkommen und damit zu höheren Steuereinnahmen für den Staat. Umso wichtiger ist es, dass das Bafög auch von möglichst allen/vielen in Anspruch genommen wird, die dazu berechtigt sind.

Hochgerechnet auf ganz Deutschland würde der von uns erzielte Effekt der gestiegenen Inanspruchnahme jährlich zu 180 Millionen Euro mehr gezahlten Bafög-Leistungen führen – eine Summe, die langfristig in Mehrsteuereinnahmen zurückgezahlt würde. Der Bafög-Chatbot könnte sogar noch größere Potenziale entfalten.

Am Ende der Diskussion bleibt eine einfache, aber grundlegende Frage: Wollen wir in Deutschland weiterhin ein Hochschulsystem, das allen offensteht, die studieren können – oder nur jenen, die sich ein Studium leisten können? Für die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland kann es nur eine Antwort geben. Und die führt nicht an einer Weiterentwicklung des Bafögs und dessen Informationslage vorbei, die auch die vielen Menschen mitnimmt, die trotz Anspruch keinen Antrag stellen.

